Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Rat der Stadt Bielefeld	26.08.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Cityentwicklung

**hier: Projektaufruf „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren,,
des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat**

Betroffene Produktgruppe

11.09.01 Bauamt
11.15.11 Beteiligungen der Stadt Bielefeld

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Mehraufwand in der Produktgruppe 11.09.01 (Bereitstellung Eigenanteil)
Mehraufwand Personal ab HH 2022 von 60.000 €/a in der Produktgruppe 11.09.01

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Bezirksvertretung Brackwede: 04.03.2021, Drucksachen-Nr.: 0819/2020-2025 (öffentlich);
Bezirksvertretung Heepen: 21.01.2021, Drucksachen-Nr.: 0418/2020-2025 (öffentlich);
Bezirksvertretung Jöllenbeck: 25.02.2021, Drucksachen-Nr.: 0417/2020-2025 (öffentlich);
Bezirksvertretung Mitte: 08.12.2020, Drucksachen-Nr.: 0185/2020-2025 (öffentlich);
Bezirksvertretung Senne: 21.01.2021, Drucksachen-Nr.: 0412/2020-2025 (öffentlich);
Bezirksvertretung Stieghorst: 04.03.2021, Drucksachen-Nr.: 0692/2020-2025 (öffentlich);
Stadtentwicklungsausschuss: 02.02.2021, Mitteilung TOP 3.5 (öffentlich);
Rat der Stadt Bielefeld: 10.12.2020, Drucksachen-Nr.: 0185/2020-2025 (öffentlich)

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat begrüßt den Projektvorschlag der Verwaltung zum **Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“** des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat für die Stadt Bielefeld und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Interessenbekundung für die Innenstadt inklusive der Stadtteilzentren einzureichen.
2. Die notwendigen Mittel für die Finanzierung des Eigenanteils von 346.250 Euro für die Jahre 2022 – 2025 werden im Haushaltsplan 2022ff bereitgestellt.
3. Der für die Einbeziehung der Stadtteilzentren dauerhaft notwendige Personalbedarf im Bauamt im Umfang einer Mehrstelle von einem 1,0 VZÄ und der damit verbundene Personalaufwand von 60.000 € p.a. sind in den HH 2022 ff sowie den Stellenplan 2022 ff aufzunehmen.

Begründung:**Hintergrund**

Der Rat der Stadt Bielefeld hat in seiner Sitzung am 10.12.2020 das Konzept zum Aufbau der strategischen Entwicklung der Bielefelder City beschlossen (Drucksachen-Nr. 0185/202-2025, TOP 34). Weiterhin hat er die Verwaltung beauftragt, zur Entwicklung von Maßnahmen zum Citymanagement weitere Fördergelder zu beantragen.

Mit dem Aufbau einer Organisations- und Prozessstruktur für die strategische Entwicklung der Bielefelder Innenstadt wurde im 1. Quartal des Jahres 2021 begonnen. Die vom Rat beschlossenen Mehrstellen bei WEGE mbH, Bielefeld Marketing GmbH und dem Bauamt der Stadt Bielefeld konnten bis zum 01.07.2021 alle besetzt werden.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga), der Handelsverband Ostwestfalen-Lippe sowie die IHK Ostwestfalen zu Bielefeld fungieren im Prozess als beratende Institutionen. Das Amt für Verkehr ist ebenfalls Teil des City-Entwicklungsprozesses und vertritt alle mobilitätsbezogenen Belange. Weitere Akteure werden themenbezogen eingebunden.

Die Stadt Bielefeld hat bereits Mittel in Höhe von 99.000 Euro aus dem Sofortprogramm Innenstadt des Landes NRW beantragt und bewilligt bekommen. Damit werden die Begleitung der neu aufgebauten Strukturen des Zentrenmanagements sowie die Erarbeitung planerischer Grundlagen finanziert. Zum Sachstand ist eine Informationsvorlage für die Bezirksvertretung Mitte und den Stadtentwicklungsausschuss in den Sitzungen im September 2021 vorgesehen.

Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat am 22.07.2021 einen Projektaufruf für das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ veröffentlicht. Städte und Gemeinden sind aufgerufen, Projektvorschläge für innovative Konzepte und Handlungsstrategien zur Stärkung der Resilienz der Zentren sowie zur Bewältigung der Coronakrise einzureichen. Das Programm bietet die Chance, über das Sofortprogramm Innenstadt NRW hinaus Themen zu vertiefen und weitere Projekte anzustoßen.

Das Programm erfolgt in Ergänzung der bestehenden Bund-Länder-Städtebauförderung. Baulich-investive Projekte sind daher nur in deutlich untergeordnetem Umfang förderfähig.

Insbesondere kann neben weiteren Projektbausteinen für die Weiterentwicklung der Innenstadt über das Programm auch die Einbeziehung der Stadtteilzentren erfolgen. Es sind bereits in fünf Bezirksvertretungen Anträge beschlossen worden, diese in den City-Entwicklungsprozess mit aufzunehmen und dafür zusätzliche Fördermittel zu akquirieren.

Hier ergibt sich die Chance, neben dem gestarteten Innenstadt-Prozess die Aufgaben und Funktionen der verschiedenen Zentren in einer polyzentralen Flächenstadt wie Bielefeld vor dem Hintergrund der aktuellen Veränderungen neu zu betrachten und zu gestalten. Im Einzelhandels- und Zentrenkonzept steht die Einzelhandelsfunktion im Vordergrund. Die Bedeutung der Stadtteilzentren hat durch die zunehmende Verlagerung der Arbeit ins Homeoffice sowie drängender werdenden Fragen der Verkehrsvermeidung in letzter Zeit noch zugenommen. Darüber hinaus sind sie wichtige Identifikations- und Treffpunkte für die Menschen in ihrem Quartier.

Durch eine zielgerichtete Quartiersentwicklungspolitik kann auch das Engagement der Akteure vor Ort genutzt und gefördert werden.

Rahmenbedingungen

Der Projektvorschlag muss bis zum 17.09.2021 beim BMI eingereicht werden. Die Auswahl der Projekte, die in das Programm des BMI aufgenommen werden, erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. An das Interessensbekundungsverfahren schließt sich bei Annahme des Projektvorschlags durch das BMI ein Antragsverfahren an. Dafür muss ein detailliertes Konzept erarbeitet werden, das dem Rat der Stadt Bielefeld zum Beschluss vorgelegt werden wird. Beantragte Projekte müssen bis zum 31. August 2025 abgeschlossen sein.

Der Bundeszuschuss zu den zuwendungsfähigen Ausgaben beträgt min. 200.000 Euro und max. 5 Mio. Euro. Die Kommunen müssen einen Eigenanteil von 25% aufbringen. Dieser kann durch anrechenbare Mittel von Privaten auf bis zu 10% reduziert werden. Das Gesamtkostenvolumen beläuft sich damit auf min. 266.670 Euro.

Die Fördergegenstände, für die die Verwaltung die Aufnahme in die Interessensbekundung beabsichtigt, sind in Anlage A aufgeführt.

Finanzielle Auswirkungen

Durch den Ratsbeschluss zur Vorlage City-Management 0185/2020-2025 wurde die Verwaltung grundsätzlich bereits beauftragt, weitere Fördermittel für die City-Entwicklung zu akquirieren und zu beantragen.

Bereitstellung Eigenanteil

Der erforderliche Eigenanteil von 25% beläuft sich bei den in Anlage A dargestellten beabsichtigten Bausteinen auf 346.250 Euro. Diese Summe ist im Haushalt für die Jahre 2022 – 2025 in der Produktgruppe 10.09.01 im Bauamt bereitzustellen. Die Verwaltung hat bereits erste Kontakte aufgenommen, um eine Beteiligung von Dritten zu erreichen, die auf den kommunalen Eigenanteil angerechnet werden können. Neben dem Ziel der sparsamen Haushaltsführung kann das gleichzeitig die Auswahlchance für die zweite Stufe erhöhen, da auch Kooperationsmodelle und die Umsetzbarkeit von Maßnahmen Kriterien des BMI für die Projektauswahl sind.

Personalkosten

Der Schwerpunkt der Arbeit in den neugeschaffenen Organisationsstrukturen und Stellen, die vom Rat bereits in 2020 beschlossen wurden (Drucksachen-Nr. 0185/2020-2025), liegt im Aufbau des City-Entwicklungsprozesses für die Innenstadt. Aufgrund der Komplexität der Themen und der Vielzahl von Akteuren in der Innenstadt werden die bereitgestellten Kapazitäten vollumfänglich für diesen Prozess benötigt.

Für eine adäquate und langfristige Weiterentwicklung der Stadtteilzentren ist eine zusätzliche Stelle im Bauamt notwendig. Ebenso wie bei der Innenstadt wird mit Berücksichtigung der Stadtteilzentren ein Prozess in Gang gesetzt, der über diesen Förderantrag hinaus eine zielorientierte Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort erfordert.

Dieser auch aus Sicht der Verwaltung wichtige Baustein kann daher nur unter der Voraussetzung entsprechenden Personals Bestandteil der Interessensbekundung werden. In den Haushalt sind ab 2022 für das Bauamt Personalkosten im Umfang von 1,0 VZÄ für die Aufgabe der städtebaulichen Entwicklung in Höhe von 60.000 € p.a. in der Produktgruppe 11.09.01 einzustellen.

Ausblick

Mit dem Förderantrag kann ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um den anhaltenden Veränderungen in der Innenstadt und den Stadtteilzentren mit zukunftsfähigen und innovativen Konzepten zu begegnen. Ziel ist, sie gemeinsam mit den Eigentümern, Akteuren und der Stadtgesellschaft wirtschaftlich stabil zu halten und als Identifikationsorte zu multifunktionalen, resilienten und kooperativen Orten weiter zu entwickeln.

Die Verwaltung wird weiterhin geeignete Fördermittel prüfen.

Anlage:**A**

**Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
Beabsichtigte Förderbausteine Stadt Bielefeld**

Moss
Beigeordneter

Bielefeld, den